

Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV)
Schweizerischer Handels- und Industrieverein (Vorort)
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)

Medienkonferenz Wirtschaft gegen die 18%-Initiative

Ort Haus der Wirtschaft, Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich

Datum 22. August 2000

Zeit 14.00 Uhr

Inhalt Medienmappe

1 Programm

2 Medienmitteilung

3 Referate

Andres F. Leuenberger

Die 18%-Initiative schadet der Wirtschaft

Hans-Rudolf Früh

Eine rein quantitative Optik ist falsch

Marcel Ospel

Dienstleistungsunternehmen von Quote stark betroffen

André Kudelski

Auswirkungen der 18%-Initiative auf die Hightech-Industrie

4 Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes zur Initiative „für eine Regelung der Zuwanderung“

Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV)
Schweizerischer Handels- und Industrieverein (Vorort)
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)

Medienkonferenz
Wirtschaft gegen die 18%-Initiative

Ort Haus der Wirtschaft, Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich

Datum 22. August 2000

Zeit 14.00 Uhr

Programm

Begrüssung Peter Hasler,
Direktor Schweizerischer Arbeitgeber Verband (SAV)

Position der Wirtschaft Andres F. Leuenberger,
Präsident Vorort

Gewerbe und KMU Hans-Rudolf Früh,
Präsident Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)

Dienstleistungsunternehmen Marcel Ospel,
Präsident Konzernleitung UBS AG

Technologie, Spezialisten André Kudelski,
Delegierter des Verwaltungsrates Kudelski SA

Fragerunde

Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV)
Schweizerischer Handels- und Industrieverein (Vorort)
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)

Sperrfrist:
Dienstag, 22. August 2000
14.00 Uhr

Medienmitteilung

Gegen eine undifferenzierte Quoten-Politik

Das Nein der Schweizer Wirtschaft zur 18%-Initiative

Mit aller Deutlichkeit spricht sich die Schweizer Wirtschaft gegen die Volksinitiative „für eine Regelung der Zuwanderung“ aus. Die so genannte 18%-Initiative würde bei einer Annahme den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen. Spitzenvertreter der Wirtschaft unterstrichen deshalb in Zürich ihre klare Ablehnung des Volksbegehrens.

Für Andres F. Leuenberger, Präsident des Vororts, ist eine starre Ausländerquote in der Verfassung eine undifferenzierte „tabula-rasa-Lösung“. Eine Volkswirtschaft ohne flexiblen Arbeitsmarkt sei weder dynamisch noch innovativ. Auch führt die Initiative bei ihrer Umsetzung zu absurden Konsequenzen. Der richtige Weg liege in einer griffigen Asylpolitik, in der konsequenten Abwehr krimineller Vorgänge und einer wirksamen Integration der Ausländer.

Der Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Hans Rudolf Früh, befürchtet bei einer Annahme der Initiative ein jähes Ende des Aufschwungs. Die kleinen und mittleren Unternehmungen hätten schon heute mit akutem Personalmangel zu kämpfen. „Zusätzliche Beschränkungen wie eine 18%-Quote würde der offizielle Arbeitsmarkt mit Sicherheit nicht mehr verkraften. Unmittelbare Folge wäre ein massives Ansteigen der Schwarzarbeit – und das wäre Gift für unsere Wirtschaft und Gesellschaft“, meinte Früh.

Der Präsident der Konzernleitung der UBS, Marcel Ospel, unterstrich die Bedeutung von ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im eigenen Unternehmen. „Die Unterscheidung Ausländer und Inländer ist bei uns kein Thema“. Um international erfolgreich zu sein, brauche die Schweiz internationales Know-How. Der Wohlstand unseres Landes hänge entscheidend davon ab, dass auf dem internationalen Arbeitsmarkt die besten Fachkräfte rekrutiert werden können und zwar auf allen Ebenen, nicht nur Höchstqualifizierte.

Der Technologie-Unternehmer André Kudelski sprach insbesondere die gravierenden Konsequenzen an, welche eine Annahme der 18%-Initiative für die Rekrutierung von ausländischen Spezialisten haben wird. Damit die Schweiz an der Spitze der technologischen Entwicklung mithalten kann, ist ein internationaler Austausch von Arbeitskräften unerlässlich. Dieser wird durch die 18%-Initiative erheblich eingeschränkt.

Gemäss der Stellungnahme des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes tragen Ausländerinnen und Ausländer viel zu unserer erfolgreichen Wirtschaft bei. Eine Annahme der 18%-Initiative würde die Rekrutierung von Arbeitskräften massiv erschweren. In den ersten Jahren nach Annahme der Initiative müsste praktisch ein Einwanderungsstopp für ausländische Arbeitskräfte verhängt werden.

Aus all diesen Gründen lehnt die Wirtschaft eine unflexible Ausländerquote in der Verfassung klar ab.

Zürich, 22. August 2000

Medienkonferenz vom 22. August 2000
Wirtschaft gegen die 18%-Initiative

Sperrfrist:
Dienstag, 22. August 2000
14.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Eine rein quantitative Optik ist falsch

Referat von alt Nationalrat Hans Rudolf Früh,
Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die schweizerische Ausländerpolitik gehört seit 30 Jahren zu den Dauertraktanden auf dem eidgenössischen Abstimmungskalender. Insgesamt sechs Überfremdungsinitiativen – von James Schwarzenbach über Valentin Oehen bis zur Markus Ruf – sind bereits gescheitert.

Bald ist es wieder soweit: Am 24. September werden wir über das Volksbegehren „für eine Regelung der Zuwanderung“ zu entscheiden haben. Dieses will den Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an der Gesamtbevölkerung auf maximal 18 Prozent limitieren.

Auch wenn die Schweiz, abgesehen von Luxemburg und Liechtenstein, den höchsten Ausländeranteil aller europäischen Staaten ausweist, bestehen grosse regionale Unterschiede innerhalb unseres Landes. In Genf beträgt der Ausländeranteil seit Jahrzehnten mehr als 30 Prozent, während er in verschiedenen Regionen der Zentralschweiz tiefer als 10 Prozent liegt. Allein schon aus diesem Grund wäre es grotesk, einen zahlenmässig fixen Prozentsatz für die ganze Schweiz in der Verfassung zu verankern.

Man kann und darf die ausländische Wohnbevölkerung nicht aus einer rein quantitativen Optik betrachten. Je nach gesellschaftlichem Empfinden – ein Lörracher wird in Basel kaum als Fremder empfunden – je nach Arbeitsmarktlage – unsere Wirtschaft ist heute auf die ausländischen Arbeitskräfte voll und ganz angewiesen – und je nach Bevölkerungsstruktur – uns könnte schon in wenigen Jahren der Nachwuchs fehlen – entwickelt sich auch der Ausländerbestand. Eine starre Bestandes- oder Verhältniszahl ist realitätsfremd.

Abgesehen davon enthält die neueste Überfremdungsinitiative auch zahlreiche Mängel, die in der Praxis zu grossen Ungerechtigkeiten und Problemen führen würden:

So sollen gemäss Initiativtext beispielsweise ausländische Wissenschaftler, Führungskräfte oder Künstler im Gegensatz zu heute plötzlich nicht mehr zur ausländischen Wohnbevölkerung gezählt werden. Ebenso unverständlich ist die Regelung, wonach beispielsweise Studenten „unabhängig von der Aufenthaltsdauer“ von der Zählung verschönt sein sollen. Solche Ausnahmen bedeuten

eine krasse Ungleichbehandlung der Ausländer je nach Beruf und Stellung – sie sind schlicht und einfach unhaltbar.

Ähnliches gilt bezüglich der im Initiativtext vorgenommenen verwirrenden Vermischung von Ausländern mit „humanitärer Aufenthaltsbewilligung“, Asylbewerbern, Flüchtlingen, „schutzsuchenden“ Ausländern und „vorläufig Aufgenommenen“. All diese „Kategorien“ werden mit den ausländischen Arbeitskräften im gleichen Verfassungsartikel quasi in den gleichen Topf geworfen. Auch das ist politisch fragwürdig, rechtlich problematisch und menschlich nicht zu rechtfertigen.

Unsere Ausländerpolitik ist zwar zweifellos korrekturbedürftig; sie beruht nach wie vor auf dem überholten „Bundesgesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer“ (ANAG) aus dem Jahre 1931. In der Zwischenzeit hat sich Vieles gewandelt. Zudem werden die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union unsere Ausländerpolitik auf eine neue Basis stellen. Es ist deshalb richtig, dass unsere Ausländergesetzgebung einer Revision bedarf. Die ersten Schritte dazu sind bereits unternommen worden.

Die 18%-Initiative hingegen ist kein gangbarer Weg.

Zürich, 22. August 2000

Medienkonferenz vom 22. August 2000
Wirtschaft gegen die 18%-Initiative

Sperrfrist:
Dienstag, 22. August 2000
14.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Die 18%-Initiative schadet der Wirtschaft

Referat von Dr. Andres F. Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (Vorort) zur Volksinitiative "für eine Regelung der Zuwanderung"

Meine Damen und Herren

Die 18%-Initiative ist ein klarer Angriff auf die schweizerische Wirtschaft. Wir nehmen diese Volksinitiative sehr ernst; sie würde den Wirtschaftsstandort Schweiz spürbar schwächen, auch wenn die Initianten dies möglicherweise nicht beabsichtigt haben.

Die Initiative behindert eine wichtige Flexibilität für die Unternehmen: Das freie Rekrutieren der besten Arbeitskräfte auf einem internationalen Arbeitsmarkt.

Die Initiative hat selbstverständlich nicht nur wirtschaftliche Auswirkungen. Ernst zu nehmen sind auch die völkerrechtlichen und humanitären Aspekte. Diese werden aber von anderen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Komitees abgedeckt, weshalb wir uns heute vorwiegend auf die wirtschaftlichen Aspekte konzentrieren.

Die Spitzenverbände der Schweizer Wirtschaft – Vorort, Arbeitgeberverband und Gewerbeverband – lehnen die Initiative geschlossen ab. Uns ist kein Wirtschaftsverband und keine Branche bekannt, die zu einer anderen Beurteilung gelangen.

Auch die Wissenschaft kommt zu gleichen Schlüssen. Prof. Straubhaar z.B. spricht von katastrophalen Auswirkungen für die Wirtschaft.

Unsere wichtigsten Argumente sind:

1. Die Initiative führt faktisch zu einem Rekrutierungsstopp

Zur Zeit beträgt der Ausländeranteil in der Schweiz nach der Zählweise der Initianten 19,3%. Bei einer Annahme der Initiative müsste auf Jahre hinaus ein Zuwanderungsstopp für Arbeitskräfte verfügt werden, weil der Familiennachzug, Heiraten und Geburten von Ausländern und der Zustrom von Asylsuchenden nicht gestoppt werden können und sich unserer Beeinflussung auch weitestgehend entziehen. Das durch Rückreisen mögliche Rekrutierungspotential wird bereits durch kaum steuerbare Einreisen und Geburten vollständig ausgeschöpft. Für den Arbeitsmarkt blieben keine Möglichkeiten mehr.

2. Der Arbeitsmarkt wird trocken und unflexibel

Eine Volkswirtschaft ohne flexiblen Arbeitsmarkt ist weder dynamisch noch innovativ. Die Schweiz profitiert in hohem Masse davon, dass wir Ausländer einerseits im Bereich der hohen und zu knapp vorhandenen Qualifikationen gewinnen können und dass im unteren Qualifikationsbereich ausländische Arbeitskräfte diejenigen Arbeiten übernehmen, die schon seit vielen Jahren von Schweizern kaum mehr ausgeübt werden. Zu denken ist hier vor allem an harte, anstrengende körperliche Arbeit und an wenig vielseitige persönliche Dienstleistungen. Mangelerscheinungen gäbe es vor allem in Spitälern und Heimen, in Hotellerie und Tourismus, im Baubereich, in der Landwirtschaft. Das zu knappe Rekrutierungspotential könnte zu bereichsweise drastischen Umstrukturierungen führen und vor allem kleinere Betriebe gefährden; die Verknappungserscheinungen würden im Land mit den höchsten Löhnen der Welt zusätzlichen Lohndruck generieren. So könnten z.B. Betriebe der Gastronomie vor dem Aus stehen, Grossfirmen könnten Arbeitsplätze verlagern und im Dienstleistungsbereich könnte ein ausreichendes Angebot knapp werden. Damit wären auch Arbeitsplätze von Schweizern bedroht.

3. Das wirtschaftliche Wachstum wird gefährdet

Die schweizerische Wirtschaft basiert in hohem Masse auf der Verfügbarkeit von ausländischen Arbeitskräften. Diese ermöglichen uns das Wachstum, das nur durch die praktische Umsetzung unseres hohen technischen und wissenschaftlichen Niveaus möglich ist. Wollen wir unser Wachstum nicht gefährden, brauchen wir weiterhin die Arbeitsmarktflexibilität. Ich möchte nicht weiter vertiefen, dass die ausländischen Arbeitskräfte mit ihren Steuern und Sozialversicherungsabgaben auch einen wichtigen positiven Nettobeitrag zu unserem Wohlfahrtsstaat leisten. Schliesslich würde die Schweiz bei ausländischen Investoren massiv an Attraktivität verlieren. Die Verfügbarkeit sehr gut qualifizierter Arbeitskräfte, die hohe Qualität und Lieferbereitschaft, die gut funktionierende Sozialpartnerschaft sind Trumpfkarten im internationalen Standortwettbewerb, die wir mutwillig gefährden würden.

4. Die Initiative führt zu unverständlichen praktischen Konsequenzen

- Es ist unsinnig, Asylsuchende mit überjährigem Aufenthalt in die Quotenberechnung einzubeziehen: Jeder Asylbewerber verhindert so die Rekrutierung einer Arbeitskraft.
- Es ist nicht einsehbar, wieso Künstler frei rekrutiert werden dürften, dringend benötigte Fachkräfte wie z.B. Informatikspezialisten aber nicht.
- Es ist unklar, wie man die Quotenberechnungen durchführen will, wenn Führungskräfte ihre Funktion verlieren, wenn Schüler und Studenten praktisch arbeiten, wenn Kinder in die Schule eintreten und andere Wechsel von einer anrechenbaren in eine nicht anrechenbare Kategorie erfolgen.
- Es wird Auseinandersetzungen darüber geben, was ein Wissenschaftler, eine Führungskraft, ein Künstler, ein Student im Sinne der Quotenberechnung sind.

5. Die Initiative hat viele weitere Schwachpunkte

Ohne weitere Vertiefung ist auf folgende zusätzliche Schwachpunkte hinzuweisen:

- Die Initiative gefährdet als negatives ausländerpolitisches Signal die zügige Ratifizierung der bilateralen Abkommen mit der EU.
- Die Schweiz könnte aus völkerrechtlichen Gründen unter Druck kommen. Retorsionsmassnahmen des Auslandes können nicht ausgeschlossen werden.
- Die Initiative kann die Probleme des Asylmissbrauchs, des Kriminaltourismus oder der mangelhaften Ausländerintegration in keiner Weise lösen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Initiative kein ausländerpolitisches Problem löst, aber viele neuen Probleme aufwirft. Die Schweiz würde ihre eigene Wirtschaft gefährden und ihr internationales Ansehen ramponieren. Eine Ausländerquote in der Verfassung ist eine undifferenzierte "tabula-rasa-Lösung", die nur schadet und nichts nützt.

Der richtige Weg ist längst vorgezeigt. Er liegt in einer griffigen und wirksamen Asylpolitik, in der konsequenten Abwehr krimineller Vorgänge und einer wirksamen Integration der Ausländer. Es wäre unerträglich, wenn dem Image der Schweiz als Wirtschaftsstandort, als kulturell vielseitiges und humanitär hochstehendes Land ein solch unnötiger Schaden zugefügt würde.

Vorort und Arbeitgeberverband und ihre rund 150 Mitgliederorganisationen lehnen die 18%-Initiative mit Entschiedenheit ab. Wir haben uns deshalb auch persönlich und finanziell engagiert und führen mit den Mitteln der Wirtschaftsförderung einen sichtbaren Abstimmungskampf. Wir hoffen sehr, dass er erfolgreich sein wird.

Zürich, 22.8.2000

Medienkonferenz vom 22. August 2000
Wirtschaft gegen die 18%-Initiative

Sperrfrist:
Dienstag, 22. August 2000
14.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Dienstleistungsunternehmen von Quote stark betroffen

Referat von Marcel Ospel, Präsident Konzernleitung UBS AG

Meine Damen und Herren

Die Initiative "für eine Regelung der Zuwanderung" verdient an der Urne ein klares Nein. Ich sage dies nicht nur als Vertreter der Wirtschaft, sondern auch als Bürger dieses Landes.

Die Schweiz lebt eine liberale und offene Kultur, in der es für starre, unflexible und diskriminierende Quoten keinen Platz hat. Unsere Geschichte zeigt beispielhaft, wie das Zusammenleben verschiedener Kulturen innerhalb einer Landesgrenze funktionieren kann. Natürlich gab und gibt es dabei immer wieder Probleme.

Heute sind es vor allem die steigende Kriminalität und der mangelnde Integrationswille, welche unseren ausländischen "Mitbürgern" vorgeworfen werden. Gerade als Basler weiss ich, woher solche Ansichten kommen. Mit einem Ausländeranteil von mehr als 26% sind wir damit besonders stark konfrontiert. Als Basler weiss ich aber auch, wie wichtig und fruchtbar die Integration fremder Kulturen ist.

Sicher war die Schweizer Ausländerpolitik in der Vergangenheit alles andere als fehlerlos. Wir sind die Herausforderungen aber immer auf pragmatische Art angegangen. Auch heute arbeitet der Bund mit Hochdruck an der Lösung bestehender Probleme – insbesondere an einer wirksamen Asylpolitik und einer konsequenten Bekämpfung der Kriminalität. Dazu braucht es keine willkürliche Quoten in der Verfassung.

Auch international würde eine Annahme der Initiative auf Ablehnung stossen, zumal bestehende Abmachungen und Verträge tangiert werden. Herr Leuenberger hat auf die bilateralen Verträge hingewiesen. Sollte die Schweiz aufgrund einer 18%-Quote eines Tages tatsächlich den freien Personenverkehr mit der EU einschränken müssen, könnte dies unter Umständen das gesamte Vertragswerk ausser Kraft setzen.

Für die Wirtschaft hätte eine Annahme der Initiative aber auch andere schwerwiegende Konsequenzen. Die in der Schweiz ansässigen Ausländerinnen und Ausländer tragen wesentlich zum hohen Lebensstandard in der Schweiz bei. Wir sind darauf angewiesen, auf dem internationalen Arbeitsmarkt die besten Fachkräfte rekrutieren zu können und zwar auf allen Ebenen, nicht nur bei den Höchstqualifizierten. Rund 25% der Erwerbstätigen haben keinen Schweizer Pass. Dieser Anteil ist übrigens in den letzten Jahren relativ stabil geblieben.

Wir dürfen zwei Dinge nicht vergessen: Erstens hängt unser Wohlstand entscheidend davon ab, dass auch "einfachere" Arbeiten effizient und gut erledigt werden. Es ist kein Geheimnis, dass gerade solche Arbeiten zu einem Grossteil von ausländischen Arbeitskräften verrichtet werden (Gastgewerbe, Bau).

Zweitens sind nicht einige wenige "höchstqualifizierte" Fachleute ausschlaggebend für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz, sondern eine breite Basis von "gut qualifizierten" Arbeitskräften. Gerade für dieses wichtige Segment (beispielsweise Computerspezialisten) kennt die Initiative keine Ausnahmeregelung.

Insbesondere die Dienstleistungsunternehmen mit ihrer Abhängigkeit von gut qualifizierten Mitarbeitern wären durch die vorgeschlagene Quote stark negativ betroffen. Weil Dienstleistungen mittlerweile aber fast 70% des schweizerischen BIP ausmachen, würde eine Annahme der Initiative dem Standort Schweiz massiv schaden.

In meinem eigenen Unternehmen erlebe ich täglich, wie wichtig ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrer Erfahrung und ihrem Know How sind. Auf allen Stufen arbeiten Schweizer und Angehörige anderer Nationalitäten problemlos miteinander. Mehr noch: Die kulturellen Unterschiede wirken befruchtend, sie sind eine Bereicherung für jede Unternehmung.

Und vergessen wir eines nicht: Unsere ausländischen Mitbürger tragen aufgrund ihrer Altersstruktur zudem entscheidend zur Finanzierung unserer Sozialwerke bei. Sie leisten beispielsweise über eine Milliarde CHF Nettozahlungen an die AHV.

Aber nicht nur als Vertreter der Wirtschaft, auch persönlich verurteile ich diese Initiative. Die Fremdenfeindlichkeit darf in diesem Land nicht salonfähig werden. Stossend ist auch, wie pauschalisierend der Begriff "Ausländer" gebraucht wird. Zum einen werden Asyl- und Ausländerpolitik vermischt, eine unhaltbare und auch völkerrechtlich fragwürdige Vereinfachung. Zum andern aber ist der hohe Ausländeranteil an unserer Wohnbevölkerung auch auf das sehr rigore Schweizer Einbürgerungsgesetz zurückzuführen. Dieses hat dazu geführt, dass im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung weniger Leute eingebürgert werden als anderswo. Über die Hälfte der Einwohner ohne Schweizer Pass lebt seit mehr als 15 Jahren hier oder ist schon hier geboren.

Würden in der Schweiz alle Neugeborenen automatisch das Bürgerrecht erhalten – wie dies beispielsweise in den USA oder Frankreich der Fall ist – dann läge der Ausländeranteil an unserer Bevölkerung heute nicht bei 19%, sondern wesentlich tiefer. Das Beispiel zeigt deutlich, wie komplex die Materie eigentlich ist, welche die Initianten mit ihrem zu einfachen Vorstoss in den Griff bekommen wollen.

Die Initiative "für eine Regelung der Zuwanderung" widerspricht traditionell schweizerischen Grundwerten wie Toleranz, Liberalismus und Solidarität. Für mich ist die einzige Antwort darauf ein klares Nein am 24. September. Ich danke Ihnen.

Zürich, 22. August 2000

Medienkonferenz vom 22. August 2000
Wirtschaft gegen die 18%-Initiative

Sperrfrist:
Dienstag, 22. August 2000
14.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Auswirkungen der 18%-Initiative auf die Hightech-Industrie

Referat von André Kudelski, Delegierter des Verwaltungsrats der Kudelski SA

Sehr geehrte Damen und Herren

Eine Annahme der Initiative, mit welcher der Ausländeranteil in der Schweiz auf 18% beschränkt werden soll, würde als Erstes sicherlich dazu führen, dass im Hightech-Sektor noch weniger Spezialisten zur Verfügung stehen würden. Bereits jetzt können sehr viele Stellen nicht besetzt werden, und trotz der unternommenen Ausbildungsanstrengungen werden auch mittel- und langfristig nicht genügend Spezialisten zur Verfügung stehen, um die grosse Nachfrage zu befriedigen. Kurzfristig ist die Lage noch beunruhigender. Es liegt auf der Hand, dass diese Probleme mit einer Annahme der Initiative nicht gelöst werden können.

Was den Hightech-Bereich anbelangt, sollten die Auswirkungen einer Annahme der Initiative jedoch nicht nur aus diesem Blickwinkel betrachtet werden. Dies wäre stark vereinfachend und gleichzeitig äusserst realitätsfremd. Um das tatsächliche Risiko dieser Initiative abzuschätzen, sind insbesondere die Umstände jener Spezialisten zu berücksichtigen, die sich nicht für immer in unserem Land niederlassen, sondern im Verlauf ihrer Karriere mehrmals in ein anderes Land umziehen.

Nach einer Annahme der Initiative würden die Behörden versuchen, die verlangten Ziele über die freiwillige Auswanderung von Ausländern zu erreichen. Dies würde gleichzeitig bedeuten, dass keine neuen Aufenthaltsbewilligungen mehr erteilt würden. Wir befänden uns damit in einer ähnlichen Lage wie gewisse Unternehmen, die sich während der letzten Rezessionsphase damit begnügten, die natürlichen Abgänge nicht mehr zu ersetzen. Damit werden zwar an sich ehrenwerte Absichten verfolgt, die jedoch in der Praxis fatale Auswirkungen haben. Denn in Krisenzeiten springen die besten Leute als Erste ab. Weniger qualifizierte Arbeitskräfte setzen sich unter solchen Umständen keinem unnötigen Risiko aus. Für ein Unternehmen oder ein Land, das mit einer solchen Ausgangslage konfrontiert ist, ergeben sich damit beträchtliche Auswirkungen auf seine Wettbewerbsfähigkeit. Das durchschnittliche Qualitätsniveau seiner Arbeitskräfte sinkt, weil die besten Leute abspringen und nicht mehr ersetzt werden. In diesem Zusammenhang ist ein weiterer wichtiger Punkt festzuhalten: Wenn die Abgänge nicht mehr ersetzt werden, wird sich die Überalterung der Bevölkerung beschleunigen. Dies hätte insbesondere in Bezug auf die Finanzierung der Renten beunruhigende Auswirkungen, die mit allen geeigneten Massnahmen verhindert werden müssen.

Meine zweite Befürchtung hängt mit der Tatsache zusammen, dass die Unternehmen des Hightech-Bereichs ihre Wettbewerbsfähigkeit nur erhalten können, wenn sie über eine grosse Auswahl an Spezialisten verfügen. Einige dieser Spezialisten werden zwar auch an unseren Schulen ausgebildet, doch bei anderen hoch qualifizierten Fachleuten ist dies noch nicht der Fall oder auch in absehbarer Zukunft nicht vorgesehen. Im Vergleich mit der Schweiz haben grosse Länder wie die Vereinigten Staaten den Vorteil, dass sie eine grössere Vielfalt von Spezialisten ausbilden können. Ist dies ein Grund, um auf solche Talente zu verzichten? Selbstverständlich sind auch Schweizer Spezialisten im Ausland sehr gesucht, sofern sie über wertvolles Know-how verfügen. Ausserdem kehren diese häufig nach einer gewissen Zeit mit neuen Kenntnissen in unser Land zurück.

Im Hightech-Sektor können sich vielfach nur die besten Unternehmen durchsetzen. Es ist möglicherweise kein Zufall, dass sich das Silicon Valley so gut entwickelt hat, denn den dort niedergelassenen Unternehmen steht eine sehr grosse Vielfalt von Talenten aus verschiedenen Ländern zur Verfügung. Wollen wir uns wirklich einer solchen Chance berauben?

Bei einer Annahme der Initiative besteht für die Schweiz schliesslich die Gefahr, dass der Ausländeranteil tatsächlich auf 18% begrenzt wird - jedoch nicht zum Nachteil jener Ausländer, die der Initiative gegenwärtig als Rechtfertigung dienen, sondern zum Nachteil von ausländischen Spezialisten, auf die unser Land dringend angewiesen ist. Entspricht dies wirklich dem, was die Initianten erreichen wollen?

Medienkonferenz vom 22. August 2000
Wirtschaft gegen die 18%-Initiative

Sperrfrist:
Dienstag, 22. August 2000
14.00 Uhr

18%-Initiative – ein Foul gegen die Wirtschaft

Stellungnahme des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes zur Initiative „für eine Regelung der Zuwanderung“

Die Initianten haben sich das kaum so gedacht: Ihre Initiative „für eine Regelung der Zuwanderung“ wird keines der anvisierten „Ausländerprobleme“ befriedigend lösen, weder Asylfragen noch Ausländerkriminalität, weder Integrationschwierigkeiten noch „Überfremdung in den Schulen“. Hingegen wird die Wirtschaft bei der Rekrutierung von Arbeitskräften massiv behindert. In den ersten Jahren der Umsetzung müsste praktisch ein Einwanderungsstopp für Arbeitskräfte verhängt werden. Wie sollen da die Personalprobleme in Spitälern und bei öffentlichen Dienstleistungen, im Informatikbereich und bei Fachspezialisten gelöst werden? Der Arbeitsmarkt Schweiz wird austrocknen mit einem unabsehbaren Attraktivitätsverlust für ansässige Firmen und interessierte ausländische Investoren. Wer schafft Arbeitsplätze in einem Land, wo die Rekrutierung der Arbeitskräfte massiv behindert wird?

Verschleierter Angriff auf die Ausländer

Wer die im Internet publizierten „Zehn Gründe für die Initiative“ genau analysiert, kommt zum erstaunlichen Schluss, dass mit keinem Wort gesagt wird, weshalb die Ausländerzahl in Prozenten in der Verfassung fixiert sein muss. Es werden nur Ausländer-Zahlen aufgetischt und Gegenargumente bekämpft. Offensichtlich ist den Initianten der Ausländeranteil in der Schweiz zu hoch, aber gesagt wird nicht, warum. Was schaden die hier arbeitenden und wohnenden Ausländer unserem Land? Weshalb leidet die Schweiz, wenn mehr als genau 18% Ausländer hier leben? Es ist zu befürchten, dass die Initianten die Ausländer für vieles Negative verantwortlich machen, was mit Zahlenproportionen nichts zu tun hat. Die Nebensätze der Initiative deuten es an: Es geht um zu lange Asylverfahren, um „Kriminaltouristen“, die einreisen, weil das Gefängnispekulium höher sein soll als ihr Einkommen im Heimatland. Es geht wohl auch um Integrationsfragen, um Unverständnis gegenüber fremden Kulturen, um ein irgendwie definiertes „Schweizertum“, das angeblich bedroht wird, wenn zu viele Ausländer hier leben. All dies wird nicht im Klartext gesagt, sondern es wird Zahlenfetischismus betrieben, wortreich mit Zuwachszahlen gedroht und selbstverständlich mit keinem Wort erwähnt, was wir den Ausländern in diesem Land alles verdanken: Die Ausländer ermöglichen heute eine blühende und erfolgreiche Wirtschaft, ein hervorragendes Gesundheitswesen, eine Wissenschaft auf hohem Stand, einen Forschungs- und Denkplatz von Weltruf. Die Ausländer finanzieren unsere Sozialversicherung kräftig mit, sie sind ein Jungbrunnen für eine alternde schweizerische Gesellschaft, sie sind auch unsere Botschafter in einer international vernetzten Welt, die wir als isolationistischer Staat

dringend brauchen. Luxemburg und Lichtenstein, Genf und andere grosse Städte haben wesentlich höhere Ausländeranteile als die Schweiz im Durchschnitt und leiden nicht darunter.

Ein eklatantes Eigengol für die Wirtschaft

Die Initiative klammert zwar Führungskräfte, Wissenschaftler und Studenten von der Beschränkung aus, hingegen nicht die dringend benötigten Fachkräfte aller Berufsgattungen. Und geradeso dringend braucht die Schweiz auch Arbeitnehmer, die bereit sind, körperlich anstrengende, schmutzige, lärmige, unangenehme Arbeiten zu verrichten, die heute kaum mehr ein Schweizer übernimmt. Es ist zu befürchten, dass Firmen aller Art, nicht nur strukturschwache oder multinationale Konzerne, in Schwierigkeiten kommen werden. Wer kann, rationalisiert und redimensioniert, verlagert ins Ausland oder schliesst in der Schweiz Kapazitäten. Das gefährdet auch Arbeitsplätze von Schweizern.

Unerträglicher Imageschaden im Ausland

Unser Land hat auf der Weltbühne nicht mehr den besten Ruf. Das Abseitsstehen in der UNO und die Mühsal mit der EU machen uns zu schaffen. Käme nun eine rigorose Ausländerbeschränkung in die Verfassung, würde dies unserem internationalen Ansehen weiteren Schaden zufügen. Mitten in der heiklen Phase der Ratifizierung der bilateralen Verträge mit der EU, in Vorbereitung eines UNO-Beitrittsesuches, wäre die Annahme der Initiative eine unverzeihliche Ohrfeige für das Ausland, insbesondere für die wohlmeinenden Kreise, die immer wieder Verständnis für den „Sonderfall Schweiz“ gezeigt haben. Der Verlust dieser Sympathien könnte die Schweiz langfristig noch wesentlich mehr kosten als nur den Verlust von Arbeitsplätzen.

Zürich, 22. August 2000